

ADIOS UNRECHTSSYSTEM - DIE ERSTEN SCHRITTE SIND GETAN. ABWEHR VON BEHÖRDEN WILLKÜR! (HELIODA1)

 helioda1.blogspot.com/2015/04/adios-unrechtssystem-die-ersten.html

Seitdem habe ich zwei mal Post bekommen... ich solle doch meine Steuererklärung noch nachreichen. Ihr könnt euch vorstellen was mit diesen Briefen passiert ist: **Müll!** :-)

[KV]

Dann hatte ich **mal nachgerechnet, ob es sich überhaupt lohnt eine KV zu haben.**

Da ich alle Rechnungen von Ärzten und Krankenhäuser zugeschickt bekommen habe, kannte ich die Preise.

Ein Arztbesuch wegen irgendwelchen Beschwerden: **10,78 €**

Schien- und Wadenbeinbruch inklusive OP – Titanplatte verschraubt am Wadenbein und 10 Tage Krankenhaus inkl. Physiotherapie): ca. 7000 €.

Eine OP am Handgelenk, Kahnbein verschraubt: ca. 2500 €.

Bei einem **Beitrag an die KV von 350 € monatlich (und das ist noch billig),**

bedeutet das also, dass ich mir alle 2 Jahre eine krasse OP, wie die mit dem Schien- und Wadenbein einhandeln könnte.

Lohnte sich also nicht für mich, da ich sowieso kaum zu Arzt gegangen bin.

[PHARMAINDUSTRIE]

Die heutigen Ärzte sind dafür da, um die Kassen der Pharmaindustrie und die eigenen Taschen zu füllen (so zumindest mein Empfinden).

[KÜNDIGUNG KV]

Habe Mitte Oktober 2013 dann eine **Kündigung an die KV geschrieben.** Rückwirkend zum 01.10.2013.

Natürlich haben die meine Kündigung nicht akzeptiert.

Das würde erst nach Vertragsablauf funktionieren und dann auch nur, wenn ich denen nachweise, dass ich woanders krankenversichert bin.

Die Zahlungen habe ich eingestellt und dem Vorstand der Württembergischen geschrieben.

Das Schreiben wurde natürlich auch ignoriert.

Da ich bei der Württembergischen nicht nur die KV, sondern auch andere Versicherungen hatte, belief sich der Betrag mittlerweile auf 1500 €.

Da ich nichts bezahlt habe, haben die das dem Amtsgericht Stuttgart weitergeleitet.

Ich glaube, das ist das beste was einem passieren kann.

Zumindest war dort bei mir der Brief mit Vor- und Nachnamen und mit Unterschrift ausgestellt.

Ich habe der netten Dame dann einen **kleinen Brief** zukommen lassen, **in dem ich lediglich den Vertrag und einige andere Sachen verlangte.**

Diese konnte sie mir natürlich nicht erbringen und da die Frist schon seit 3 Monaten verstrichen ist, gehe ich davon aus, dass die Sache erledigt ist.

Falls Ihr euch jetzt fragt, ob ich **noch krankenversichert bin...? Kein Plan.**

Letztens hatte ich einen Unfall und musste wieder ins Krankenhaus.

Als dort die Karte durchgezogen wurde, schien alles normal zu sein... (aber ich habe auch keinen Plan, wie die das alles regeln).

[INKASSO]

Weiter geht es mit **Inkasso:**

Die **Hauptforderung** habe ich denen **bezahlt**. Soviel Anstand habe ich dann doch. **Doch alle Mahngebühren und sonstige Inkassovergütungen habe ich ignoriert.**

Die hatten sich dazu geäußert und forderten die restlichen Beträge.

Ich habe dann dem Vorstand um eine Widerlegung der UCC Dokumente gebeten. (Alles immer schön unter Eid und unbeschränkter Haftung einfordern).

Die haben jetzt weiter gefordert. **Jetzt schicke ich denen eine Rechnung.**

Die haben mir schon seit Wochen geschrieben und immer das selbe:

“Wenn Sie bis dann und dann nicht bezahlen... dann knallt's aber” oder so in der Art.

Passieren tut da aber irgendwie nichts. Ist schon lustig.

Zur Zeit schlage ich mich noch 3 Angelegenheiten ´rum:

Zwei Mal mit der Stadt (bin geblitzt worden) und einmal mit einem Polizeipräsidium (angehalten worden und TÜV war abgelaufen).

Da warte ich noch auf Antwort.

Jetzt das Kuriose:

Bei der KV, bei IHK und beim Inkasso haben jeweils die Vorstände bzw. Geschäftsführer gewechselt, nachdem ich meine Schreiben an die versandt habe.

Ob das jetzt Zufall war, oder ob die sich in die Hose gemacht haben, kann ich leider nicht beantworten.

Eines ist jedoch klar: Nichts ist so wie es scheint!

Ende der Geschichte aus dem Leben.

Fazit:

[MUSTERSCHREIBEN]

Das mithin Wichtigste ist **unser Musterschreiben gegen Behördenwillkür**, welches Sie in diesem Artikel finden:

Behördenwillkür – So setzen Sie sich erfolgreich zur Wehr

Wenn man das **per Einschreiben/Rückschein versendet** hat, muss man eigentlich nur noch **durchhalten und ignorieren.**

[WIEDERHOLUNG]

[Fortsetzung weiter unten]

[DURCHHALTEN]

Durchhalten darum, da manche Forderer nicht so schnell locker lassen. Es kann also sein, dass man wieder und noch mal ein Schreiben erhält.

Kommen diese mit normaler Post: ignorieren!

Kommen diese per Förmlicher Zustellung (gelber Brief):

Brief nicht öffnen und mit folgendem Vermerk an den Absender zurück schicken:

“Ungeöffnet zurück an Absender, wegen nicht rechtskonformer Zustellung”.

Irgendwann wird von denen eingesehen, dass wiederholte Nervereien und Bedrohungen mit irgendwelchen Anschreiben keinen Zweck haben,

da sich die **Person sowieso nicht einschüchtern lässt** und **rechtlich einwandfrei zu wehren weiß.**

Es ist **also alles nur ein Durchhalten.**

Früher ließen sich die Menschen einschüchtern. Da kam erst ´ne Zahlungsaufforderung, die von dem meisten gleich bezahlt wurde.

Wer nicht bezahlte, bekam eine **Mahnung**, welche natürlich die Kosten erhöhte.

Wer wieder nicht bezahlte, bekam die **nächste Mahnung**, was wieder die Kosten erhöhte.

Ab und an wird sogar noch auf sogenannte **“Inkassounternehmen”** zurückgegriffen, was die Kosten noch mal erhöht.

(Sogenannte “Inkassounternehmen” sind übrigens der größte Lacher überhaupt und grundsätzlich zu ignorieren.)

Wen das alles auch nicht kratzte, der bekam sogenannte **“Androhungen einer Zwangsvollstreckung”** oder **“gerichtliche Zahlungsbefehle”**,

die dann **mit Drohungen versehen** waren und noch heute damit versehen sind,

wie zum Beispiel **“Beuge”- oder “Erzwingungshaft”**.

Spätestens dann fiel auch der Hartgesottenste um und bezahlte widerwillig.

Das Problem war eigentlich immer nur fehlendes Wissen um die Gesetzeslage,

in Tateinheit mit Angst

und zu kurzem Durchhaltevermögen.

Das ändert sich aber gerade.

Dank einiger wertvoller **Internetmedien** verbreitet sich **das Wissen um diese Dinge** und **aus Angst wird nun Gelächter.**

Wundern Sie sich übrigens nicht, wenn die Belästigung Ihrer Person ein bis zwei Jahre aufrechterhalten wird.

Das gehört zum Verbrechersystem schlicht dazu,

da man trotz allem immer hofft, dass jemand nicht durchhält und irgendwann dann doch noch umkippt und zahlt.

Unser Tipp daher: Durchhalten und auf keinen Fall zahlen.

Irgendwann ist Ruhe. Garantiert!

“Ja und wenn die aber mit der Polizei kommen...?”

Dann drückt man den Damen und Herren Scheinbeamten einen Zettel in die Hand und erwähnt beiläufig folgendes, bevor man die Haustür schließt:

“Wenn Sie das alles komplett innerhalb der genannten Frist erbringen können, dann – **und nur dann** – dürfen Sie gern wiederkommen.

Bis dahin verbitte ich mir jede weitere Störung.

Hier nun der Zettel, den Sie den Damen und Herren Polizisten in die Hand drücken:

Sollten Sie hoheitsrechtlich befugt sein, so haben Sie mir dies durch folgendes zu beweisen:

a) Sie erbringen mir Ihre amtliche *Legitimation*.

Sie weisen darin in notariell beglaubigter Form nach, wofür, wie, wodurch und von wem Sie Rechte zur Vornahme hoheitlicher Handlungen übertragen bekommen haben.

Gleichzeitig weisen Sie nach, auf welchen Staat Sie vereidigt worden sind.

b) Sie *erbringen eine notarielle Beglaubigung der Gründungsurkunde des Staates, auf den Sie Ihre Vereidigung begründen.*

c) Sie erbringen eine notarielle Beglaubigung der Gründungsurkunde des Bundeslandes, sowie des Regierungspräsidiums der Stadt, auf welches Sie Ihre Vereidigung begründen.

Ich gebe Ihnen hiermit Gelegenheit dieses innerhalb einer angemessenen **Frist von 72 Stunden ab Zustellung, zzgl. 2 Tage Postlaufzeit unter Eid und unter unbeschränkter Haftung** zu erbringen.

Sollte dies innerhalb der genannten Frist nicht oder nicht vollständig erfolgen,

so bestätigen Sie damit unwiderruflich, dass Sie selbst privat- sowie vertragsrechtlich und/oder Ihre Firma etc. nach Firmen- und Vertragsrecht als Unternehmen (Seerecht / Handelsrecht / UCC / HGB) handeln und arbeiten oder für solche im Auftrag handeln.

Da ich mit der Firma Polizei keinen Vertrag geschlossen habe, darf ich Sie daher bitten, mich kein weiteres Mal in meiner Privatsphäre zu stören.

Ich störe Sie in ihrer Privatsphäre ja auch nicht.

Vielen Dank für Ihre Einsicht.

Was heißt das?

Das heißt zum Beispiel folgendes:

1.) Eine *Verhandlung vor Gericht* ist im hiesigen Land **eine einzige widerrechtliche Farce von A bis Z.**

Sogenannte "**Gerichtsurteile**" besitzen **keinerlei Rechtskraft**, geschweige denn **Rechtsgültigkeit**.

2.) Niemand kann von Ihnen das Zahlen von Steuern, Bußgeldern, Rundfunkgebühren usw., also von **Zwangsgebühren** und **Zwangsabgaben** jeglicher Art fordern.

Mit anderen Worten:

Sie brauchen keine Steuern, Bußgelder, Rundfunkgebühren usw. zu bezahlen, da es dafür keine Rechtsgrundlage gibt.

3.) **Polizistinnen** und **Polizisten** haben **keinerlei Recht, Sie, wie auch immer, anzuhalten, zu belästigen oder gar zur Kasse zu bitten.**

Auch sogenannte "**Bußgeld-**" und "**Führerscheinstellen**" haben **keinerlei Recht zu auch nur irgendwas.**

4.) Sogenannte "**Gerichtsvollzieher(innen)**" können von Ihnen **absolut gar nichts fordern.**

Weder eine Vermögensauskunft, noch das Betreten Ihrer Wohnung und schon gar nicht das Zahlen welcher Gelder auch immer.

Wie sieht die Realität aus?

Obwohl all diese Dinge bekannt sind, erleben die Menschen des hiesigen Landes **tagtäglich das unrechtmäßige Einziehen von Steuergeldern, Belästigungen durch sogenannte "Gerichte" und "Gerichtsvollzieher(innen)", sowie durch Polizistinnen und Polizisten.**

Mit anderen Worten:

Die **Behördenwillkür**, sowie die **Beraubung der Bevölkerung durch Behördenmitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist nach wie vor obenauf.**

[BEGRIFFE

"BUND" = ROTHSCHILD-SEKTE/VEREINIGUNG]

"BRD"/"BUNDESREPUBLIK D" = FREMDBESTIMMTES BESATZUNGSKONSTRUKT (GG für BRD Artikel 20 regelt explizit Besatzungskosten! Es fehlen Friedensverträge, somit gilt lediglich Waffenstillstand seit WW2, welcher jederzeit zu Krieg gegen BRD-Personal scharf gestellt werden kann!

Seit 1.1.2000 wurde gesamtes BRD-Personal vogelfrei / staatlos gestellt durch vollzogene Statusänderung RuStAG 1913 - siehe BGBL Juli 1999, Quelle: www.folkvalue.de]

Rechtsstaat?

Das **Märchen vom angeblichen "Rechtsstaat"** erzählt man der hiesigen Bevölkerung bereits seit über 50 Jahren,

obwohl das hiesige Land noch nicht einmal ein Staat ist

und **mit Recht und Ordnung schon gleich gar nichts zu tun hat.**

Würde es hierzulande Recht und Ordnung geben, dann würde all dieses Unrecht an der Bevölkerung nicht stattfinden.

Dem ist aber **offenkundig** nicht so, womit bewiesen ist, dass das hiesige Land mit Recht und Ordnung absolut gar nichts zu tun hat.

[INDIVIDUELLE WEHRKRAFT]

Erfolgreiches zur Wehr setzen

Gegen jede Art von Behördenwillkür und Behördenabzocke kann man sich zur Wehr setzen.

Das offene Geheimnis heißt

Beweislastumkehr.

Wer von sogenannten "Gerichten", Finanz"ämtern", "Bußgeld- und Führerscheinstellen, "Gerichtsvollziehern" usw. belästigt wird,

kann sich mit **folgendem Schreiben** an die entsprechende Behörde zur Wehr setzen:

(Ihr Vorname), Frau/Mann
aus der Familie (Ihr Familienname)
Mensch und Natürliche Person
entspr. § 1 des BGB
Straße:
Stadt:

An (Name des Richters/Gerichtsvollziehers/Hauptverantwortlichen einer Behörde, bzw. Firma, die im angeblich "staatlichen Auftrag" handelt)

Mein Aktenzeichen: (nennen Sie hier IHR selbst vergebenes Aktenzeichen)

Ihr untergeordnetes Aktenzeichen als Hinweis: [Aktenzeichen des Fordernden]

Ich habe die mir kürzlich durch Sie vorgelegten Dokumente nach rechtlicher Würdigung des Absenders und des Inhaltes als Angebot erkannt, welches ich ausdrücklich ablehne.

Sollten Sie hoheitsrechtlich befugt sein, so haben Sie mir dies durch folgendes zu beweisen:

a) Sie erbringen mir Ihre **amtliche Legitimation**.

Sie weisen darin in notariell beglaubigter Form nach, wofür, wie, wodurch und von wem Sie Rechte zur Vornahme hoheitlicher Handlungen übertragen bekommen haben.

Gleichzeitig weisen Sie nach, auf welchen Staat Sie vereidigt worden sind.

b) Sie erbringen eine notarielle Beglaubigung der Gründungsurkunde des Staates, auf den Sie Ihre Vereidigung begründen.

c) Sie erbringen eine notarielle Beglaubigung der Gründungsurkunde des Bundeslandes, sowie des Regierungspräsidiums der Stadt, auf welches Sie Ihre Vereidigung begründen.

Ich gebe Ihnen hiermit Gelegenheit dieses innerhalb einer angemessenen Frist von 72 Stunden ab Zustellung, zzgl. 2 Tage Postlaufzeit unter Eid und unter unbeschränkter Haftung zu erbringen.

Sollte dies innerhalb der genannten Frist nicht oder nicht vollständig erfolgen, so bestätigen Sie damit unwiderruflich, dass Sie selbst privat- sowie vertragsrechtlich und/oder Ihre Firma etc. nach Firmen- und Vertragsrecht als Unternehmen (Seerecht / Handelsrecht / UCC / HGB) handeln und arbeiten oder für solche im Auftrag handeln.

Nutzen Sie diese Frist nicht oder erbringen Sie nicht die geforderten Beweise und widerlegen letztere Tatsachen / Annahmen nicht rechtskräftig und / oder unvollständig oder nicht in dieser Frist, gilt dies sowohl

– als Ihre unwiderrufliche und absolute Zustimmung zu o.g. Tatsachen und Annahmen mit allen daraus folgenden Konsequenzen

– als Ihre unwiderrufliche und absolute Zustimmung zu einem privaten, kommerziellen Pfandrecht in Höhe von 500.000,00 € meinerseits Ihnen persönlich gegenüber, als auch Ihrer Behörde/Amt/Gericht//Service/Center etc. in Höhe von 5.000.000,00 € (Haftung nach § 823 BGB)

– als Ihre unwiderrufliche und absolute Zustimmung zur Publikation dieser Notiz in einem von mir frei wählbaren internationalen Schuldnerverzeichnis und zur Publikation in den Freien Medien.

– als Ihren unwiderruflichen und absoluten Verzicht auf jegliche rechtliche oder anderweitige Mittel.

Können die o.g. Nachweise von Ihnen nicht innerhalb der o.g. Frist erbracht werden, zeigen Sie damit unmissverständlich und unwiderruflich an, dass es zwischen „Ämtern“, „Gerichten“, Behörden und mir keine öffentlich-rechtliche Vertragsbasis gibt,

auf der sich eine gesetzliche und/oder staatliche Forderung begründen ließe .

Ebenso fehlt eine Vertragsbasis zwischen dem jeweiligen Mitarbeiter solcher „Ämter“, „Gerichte“, Behörden etc.“ und mir.

Um diese Lücke zu schließen, lege ich für die künftige Zusammenarbeit zwischen Ihnen und mir die beigefügten allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) zu Grunde.

Vorsorglich weise ich darauf hin, dass diese AGB automatisch in Kraft treten, sobald der

Fordernde oder ein Beauftragter, Mitarbeiter, Vorgesetzte etc., des Fordernden Kontakt zu mir (Ihr Vorname) Frau/Mann aus der Familie (Ihr Familienname) oder einem meiner Familienmitglieder aufnimmt.

Alle Verträge, die eventuell versehentlich und unter Täuschung im Rechtsverkehrs Ihrerseits durch konkludentes Handeln meinerseits in der Vergangenheit zustande gekommen sind, z.B. Annahme von Steuernummern oder Akten- und Geschäftszeichen, Beitragskonten, werden hiermit ausdrücklich widerrufen und gekündigt. Ich mache vorsorglich BGB § 119 geltend.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) zwischen (Ihr Vorname) Frau/Mann aus der Familie (Ihr Familienname), im Folgenden Eigentümer genannt, und der/den in der Anschrift benannte(n) Person(en), Firmen etc., im Folgenden Fordernde(r) genannt:

1. Geltungsbereich, Inkrafttreten und Vertragsbeginn

- a) Die vorliegenden allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten weltweit.
- b) Sie schließen alle Beauftragten, Mitarbeiter, Vorgesetzte, etc. des Fordernden und deren Beauftragte ein.
- c) Sie treten automatisch in Kraft, sobald der Fordernde oder ein Beauftragter, Mitarbeiter, Vorgesetzte etc. des Fordernden Kontakt zum Eigentümer aufnimmt.

Als Kontaktmittel gelten: Telefon, Brief, Fax, E-Mail, persönliche Besuche und persönliche Gespräche.

- d) Mit der Kontaktaufnahme akzeptieren der Fordernde und seine Beauftragten, Mitarbeiter, Vorgesetzte etc. die vorliegenden allgemeinen Geschäftsbedingungen ohne Einschränkung.
- e) Der Vertrag gemäß den vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen beginnt an dem Tag, an dem eines der Ereignisse gemäß Punkt c. eintritt.

2. Rechte und Pflichten des Fordernden

- a) Der Fordernde und seine Beauftragten, Mitarbeiter, Vorgesetzte etc. handeln als Privatpersonen.
- b) Der Fordernde und seine Beauftragten, Mitarbeiter, Vorgesetzten etc. tragen die Beweislast, dass eine staatliche, gesetzliche Forderung bzw. ein rechtsgültiger Vertrag vorliegt, aus dem die jeweilige Forderung abgeleitet wird.

Als Beweismittel gelten ausschließlich Originale, die vom Eigentümer handschriftlich oder digital signiert sind (BGB § 126). Mündliche Vereinbarungen und Gewohnheitsrechte etc. gelten nicht als Beweismittel.

- c) Der Fordernde ist verpflichtet, die vorliegenden allgemeinen Geschäftsbedingungen seinen Beauftragten, Mitarbeiter, Vorgesetzten etc. bekannt zu geben und dafür Sorge zu tragen, dass sie auch Beauftragten von Beauftragten bekannt gegeben werden.

d) Der Fordernde haftet für alle Tätigkeiten seiner Beauftragten, Mitarbeiter, Vorgesetzten und deren Beauftragten vollumfänglich nach § 823 BGB.

e) Der Fordernde ist verpflichtet, die in Rechnung gestellten Gebühren für ungesetzliche Forderungen gemäß Ziffer 4 innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungsdatum zu bezahlen.

f) Als **ungesetzliche Forderungen** gelten dabei alle Forderungen, für die der Fordernde oder seine Beauftragten, Mitarbeiter, Vorgesetzten etc. keine Rechtsgültigkeit nachweisen können.

g) Der Fordernde kommt nach Ablauf der 14-Tage Frist ohne weitere Mahnung in Verzug und unterwirft sich der sofortigen Zwangsvollstreckung.

3. Rechte und Pflichten des Eigentümers

a) Der Eigentümer kann einzelne oder mehrere Gebührenpositionen zusammen in Rechnung stellen.

b) Der Eigentümer ist berechtigt, dem Fordernden alle Gebühren gemäß Ziff. 4 in Rechnung zu stellen, die durch ihn, seine Beauftragten, Mitarbeiter, Vorgesetzte etc. und deren Beauftragte ausgelöst werden.

c) Der Zeitpunkt der Rechnungsstellung ist beliebig.

Die Ansprüche des Eigentümers, die aus den vorliegenden allgemeinen Geschäftsbedingungen resultieren, verjähren nicht.

4. Gebühren

a) Die Gebühren sind in folgender Währung zu entrichten: **Euro**

b) Einzugskosten für unbezahlte Rechnungen werden zusätzlich berechnet

c) Eine Kontaktaufnahme mit dem Eigentümer bezüglich einer ungesetzlichen Forderung: **200,- Euro**

d) Übermittlung einer ungesetzlichen Forderung an den Eigentümer: **500,- Euro**

e) Beauftragung eines Dritten (Beauftragter) zur Einforderung einer ungesetzlichen Forderung: **1.000,- Euro**

f) Auslösen eines Mahnbescheids oder einer Beitreibung etc. für eine ungesetzliche Forderung: **1.000,- Euro, zzgl. Forderungsbetrag**

g) Beauftragung eines Gerichtsvollziehers oder eines Inkasso-Unternehmens etc. für eine ungesetzliche Forderung: **1000- Euro, zzgl. Forderungsbetrag**

h) Veranlassung oder Durchführung einer Pfändung oder Zwangsvollstreckung für eine ungesetzliche Forderung: **3.000,- Euro, zzgl. Forderungsbetrag**

i) In der Vergangenheit vom Fordernden, seinen Beauftragten, Mitarbeiter, Vorgesetzten, Kollegen, auch ehemaligen etc. ungesetzlich eingezogenen Gelder: Eingezogener Betrag, zzgl. 10% Zinsen

5. Beendigung des Vertragsverhältnisses

a) Zieht der Fordernde über den normalen Postweg (keine Förmliche Zustellung) verbindlich und unwiderruflich die betreffenden ungesetzlichen Forderungen, durch ungesetzliche Beitreibungsmaßnahmen schriftlich zurück, und hat er seine Beauftragten etc. entsprechend schriftlich informiert, hat der Eigentümer nur noch Anspruch auf eine **Abschlusszahlung**.

b) Die Abschlusszahlung ergibt sich gemäß Punkt 4 genannter Positionen.

Der Fordernde liefert dazu eine vollständige Zusammenstellung aller erhaltenen Zahlungen.

c) Der Eigentümer erstellt dazu eine entsprechende Rechnung, die er ggf. durch weitere geleistete Zahlungen ergänzen kann.

d) Der Vertrag endet an dem Tag, an dem der Fordernde die Abschlusszahlung geleistet hat.

Es gilt das Datum des Zahlungseingangs beim Eigentümer.

6. Änderungen an den Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Der Eigentümer kann die vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen jederzeit ändern.

Die geänderten neuen Geschäftsbedingungen gelten jeweils rückwirkend, ab Vertragsbeginn und ersetzen die alten Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

(Ihr Vorname) Frau/Mann aus der Familie (Ihr Familienname)

.....

Unterschrift

Ende des Musterschreibens.

Der Trick daran:

Werden die geforderten Beweise innerhalb der genannten Frist nicht erbracht (was sowieso unmöglich ist), so wird automatisch und unwiderruflich bestätigt, dass Sie aus der Nummer ´raus sind.

Das Beste daran:

Am Ende können **Sie** dem Fordernden (Richter(in), Gerichtsvollzieher(in), Behördenleiter(in)) **eine Rechnung schicken**.

Eins noch:

Das Ganze versenden Sie bitte per **Einschreiben mit Rückschein, um Zustellung und Fristablauf beweisen zu können**.

Sollte Ihnen anschließend eine Förmliche Zustellung (gelber Brief) des Fordernden zugehen, so lassen Sie diesen bitte **grundsätzlich hübsch geschlossen und schicken ihn mit folgendem Vermerk wieder zurück:**

Ungeöffnet und ungelesen zurück an Absender, wegen nicht rechtskonformer Zustellung.

Für alle auf "HELIODA1 BLOG" veröffentlichten Inhalte, Kommentare, Meinungen und Blogs sind ausschließlich ihre Autoren verantwortlich.

Diese Beiträge stellen nicht die Meinung der Redaktion dar.

Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit!

Wissenschaftliche Referenz Gesamtschau-Digital: CARL HUTERs ORIGINAL-MENSCHENKENNTNIS & ETHISCHE SCHÖNHEITSLEHRE auf Hauptseite www.chza.de !

Adios Unrechtssystem – Die ersten Schritte sind getan

Quelle: newstopaktuell.wordpress.com

[Fortsetzung siehe weiter unten]

Zunächst vorweg

[SELBSTERFAHRUNGSBERICHT]

Dieser Artikel erzählt die reale Geschichte eines Selbstständigen,

der sich gegen das Unrechtssystem erfolgreich zur Wehr gesetzt hat:

Ich bin **seit 2008 selbstständig** – muss also allen möglichen Scheiß (selber) bezahlen.

IHK, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Einkommenssteuer, sonstige und private Krankenversicherung natürlich.

[IHK]

*Angefangen habe mit der **IHK**.*

*Die abzuwimmeln war relativ einfach. Einfach beide **Vorstände angeschrieben,***

dass ich mit der Firma IHK keinen Vertrag geschlossen habe, schon gar nicht einen, der mich zu Zahlungen verpflichtet.

Seitdem habe ich bloß noch einmal (im November 2013) was von denen gehört. Es war wieder eine Rechnung. Habe ich direkt weggeschmissen.

[FINANZAMT]

*Dann ging es weiter mit dem "**Finanzamt (FA)**".*

Mein Gewerbe habe ich rückwirkend zum 01.05.2013 abgemeldet.

Das "FA" wollte natürlich noch die restlichen Umsatz- und Einkommensteuer haben.

*Habe ich nicht bezahlt, sondern habe **auch denen mitgeteilt**, dass ich mit der Firma "Finanzamt" keinen Vertrag geschlossen habe, der mich zu irgendwelchen Zahlungen verpflichtet.*

*Leider hatte ich **einen Fehler gemacht**.*

*Habe **dort nicht den Vorstand, sondern die zuständige Person angeschrieben**.*

*Die hatte natürlich keinen Vornamen angegeben. Meine Schreiben wurde ignoriert und **meine Konten im Endeffekt gepfändet**.*

Da ich dringend auf mein Geld angewiesen war, habe ich die letzten Steuern doch bezahlt.

***Eine Rechnung von mir wurde auch an den zuständigen Mitarbeiter des "FA" verschickt**.*

Die wurde natürlich auch ignoriert, aber das war mir egal. Ich war da schon mal raus.

Behördenwillkür – So setzen Sie sich erfolgreich zur Wehr

Quelle: <https://newstopaktuell.wordpress.com/2015/03/12/behordenwillkur-so-setzen-sie-sich-erfolgreich-zur-wehr/>

In einem Land wie Deutschland, welches bekannterweise kein Staat ist, kann es keine staatlichen Gerichte und keine Beamten geben.

[BEAMTENSTATUS]

Dass der **Beamtenstatus** am achten Mai des Jahres 1945 **abgeschafft** wurde, teilten wir bereits mehrfach mit.

[FIRMEN]

Dass man es im hiesigen Land ausschließlich und nur mit Firmen zu tun hat, haben wir bereits x-fach unter Beweis gestellt.

Aus diesen Gründen kann es hierzulande niemanden geben, der hoheitsrechtliche Befugnisse besitzt oder solche anwenden darf.

Behördenwillkür – So setzen Sie sich erfolgreich zur Wehr

[KEIN STAAT; KEINE BEAMTE; KEINE STAATLICHEN GERICHTE]

**In einem Land wie Deutschland, welches bekannterweise kein Staat ist,
kann es keine staatlichen Gerichte und
keine Beamten geben.**

Dass der **Beamtenstatus am achten Mai des Jahres 1945 abgeschafft** wurde,
teilten wir bereits mehrfach mit.

[BRD = FREMDBESTIMMTES FIRMEN-KONSTRUKT]

Dass man es im hiesigen Land ausschließlich und **nur mit Firmen zu tun hat**,
haben wir bereits x-fach unter Beweis gestellt.

[KEIN HOHEITSRECHT]

**Aus diesen Gründen kann es hierzulande niemanden geben, der hoheitsrechtliche
Befugnisse besitzt oder solche anwenden darf.**

[BRD IST KEIN STAAT]

**In einem Land wie Deutschland, welches bekannterweise kein Staat ist,
kann es keine staatlichen Gerichte
und keine Beamten geben.**

[Tipp W. Timm/ CHZA:

Bei Behörden-Ärger mit BRD-Firma SCHRIFTLICH DIE BEGLAUBIGTE KOPIE DER
STAATSGRÜNDUNGSURKUNDE DER BUNDESREPUBLIK D ZUR EINSICHT EINFORDERN!]

[In BRD gibt es KEINE Beamten]

Dass der **Beamtenstatus** am achten Mai des Jahres 1945 **abgeschafft** wurde, teilten wir
bereits mehrfach mit.

[In BRD hat man es nur mit FIRMEN zu tun]

Dass man es im hiesigen Land **ausschließlich und nur mit Firmen zu tun hat**, haben wir
bereits x-fach unter Beweis gestellt.

[HOHEITSRECHTLICHE BEFUGNISSE besitzt in BRD niemand]

**Aus diesen Gründen kann es hierzulande niemanden geben, der hoheitsrechtliche
Befugnisse besitzt oder solche anwenden darf.**